

Seit ihrer Gründung 1980 haben die Grünen meist den grundsätzlichen Weg gesucht: raus aus der Nato, sofort raus aus der Atomkraft. In den sieben Jahren in der Bundesregierung haben sie manches durchgesetzt, aber sie wurden zu vielen Kompromissen gezwungen. In der Opposition wollten die Grünen wieder radikaler werden, doch irgendwann sind sie dabei steckengeblieben.

Vermutlich ist es das süße Gift der Popularität, das die Grünen so vorsichtig gestimmt hat. Im Februar machte Geschäftsführerin Steffi Lemke eine erstaunliche Beobachtung. In einer vierseitigen „Vorlage an den Bundesvorstand und den Parteirat“ erläuterte sie, 48 Prozent der Wähler könnten sich nach Umfragen prinzipiell vorstellen, die Grünen zu wählen. Selbst die beiden Volksparteien erreichten nur 55 Prozent, also kaum mehr. Die beiden kleinen Rivalen FDP (33 Prozent) und Linke (24 Prozent) seien weit abgeschlagen.

Die Zahl 48 ist seither das wichtigste Argument der Parteispitze. „Wir sind keine Randständigen mehr“, jubelte Fraktionschefin Künast kürzlich. Die 48 ist auch ein willkommenes Argument gegen jede radikale Forderung: Wer so viele Bürger anspricht, muss umso vorsichtiger sein, wenn er sie nicht wieder verlieren will.

Niemand verkörpert diese Strategie derzeit so vollkommen wie Sylvia Löhrmann. Die 53-Jährige hat als Spitzenkandidatin 12,1 Prozent bei der Landtagswahl in NRW geholt: Sie schickt sich an, in Düsseldorf Bildungsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin zu werden.

Löhrmann sagt, die Grünen würden eben nur noch „machbare Wege beschreiben“. Im Wahlkampf hat die ehemalige Lehrerin zum Beispiel ihre schulpolitischen Forderungen so diskret formuliert, dass die Grünen keine Flanke für politische Angriffe boten. In heiklen Fragen wie dem Baustopp des umstrittenen Kohlekraftwerks Datteln verzichtete sie auf Grünen-übliche Slogans wie „Datteln muss weg“. Für Löhrmann hat das Methode: „Wir haben der vielfach verbreiteten Angst vor radikalen Veränderungen Rechnung getragen“, sagt sie.

Löhrmann findet nicht, dass den Grünen dadurch etwas fehlt. „Wir sind trotzdem radikal“, sagt sie. „Aber die Radikalität liegt im Prozess.“ Dass die Grünen im Wahlkampf nicht angreifbar waren, erklärt die NRW-Politikerin zum Erfolgsrezept: „Die Zeiten, in denen man uns verteufeln konnte, sind endgültig vorbei.“

Aber beruht die Stärke der Grünen nicht in Wirklichkeit auf der Glaubwürdigkeit, mit der sie lange Zeit auch unpopuläre Positionen durchgehalten haben? Viele Fragen, in denen sie früher isoliert waren, gelten heute als Mainstream: Selbst die CDU ist für den Atomausstieg, die Sorge ums Klima eint die

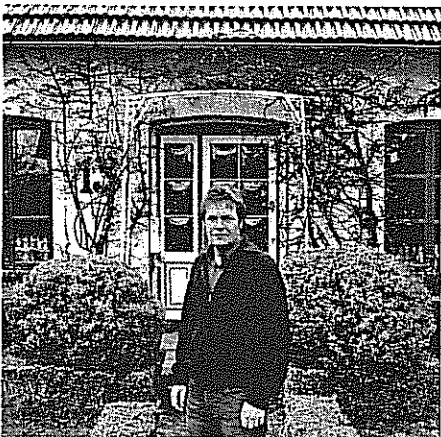
Deutschen genauso wie der Stolz auf ihr multikulturelles Fußball-WM-Team.

Heute trauen sich die Grünen dagegen nicht einmal mehr, das zu fordern, was jeder Wähler von ihnen erwarten würde.

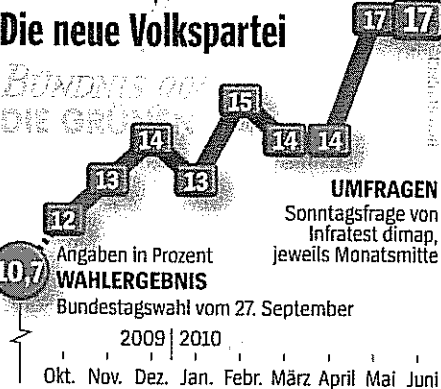
Beispiel Ökosteuer. Als die Partei 1998 auf dem Magdeburger Parteitag eine schrittweise Erhöhung des Benzinpreises auf fünf Mark verlangte, wären die Grünen in der Bundestagswahl fast gescheitert.



Grüne-Jugend-Chefin Akena  
Leitfaden für wohl situierte Bürger



Grünen-Politiker Habeck  
„Magdeburg wirkt wie ein Trauma“



tert. Trotzdem hat Rot-Grün die Ökosteuer später eingeführt, in fünf Schritten wurde sie um 15 Cent pro Liter erhöht.

Heute wäre die Gelegenheit günstig, die Steuer weiter anzuheben: Selbst FDP und CDU machen keine Anstalten, sie abzuschaffen. Ölkatastrophen wie die im Golf von Mexiko und die Klimaerwärmung machen klar, wie fatal die Abhängigkeit vom Öl ist. Umsteuern mit der Ökosteuer, das ließe sich gut begründen.

Aber die Grünen trauen sich nicht, ihr erfolgreiches Konzept von einst wieder aufzugreifen. „Magdeburg wirkt wie ein Trauma“, sagt Habeck.

Reinhard Loske gehörte zu den Architekten der Ökosteuer. Heute entdeckt der Bremer Umweltsenator eine „gewisse Hasenfüßigkeit“ seiner Partei. „Die Ökosteuer war ein Riesenerfolg und bleibt auch heute noch das richtige Instrument in der Verkehrspolitik“, sagt er. Er verlangt, dass „die Ökosteuer klug und langfristige erhöht und weiterentwickelt wird“.

Doch als radikaler Ökologe ist Loske heute ein Außenseiter in seiner Partei. Die Grünen mögen nicht hören, wenn einer wie Loske die Abkehr vom Wachstum oder, schlimmer noch: vom Auto, predigt. Sie setzen auf „grünes“ Wachstum, das verschreckt keine Wähler. Autofreie Innenstädte fordert heute nur noch die Grüne Jugend, die Parteiführung setzt auf Elektroautos – als ob die keine Energie bräuchten.

Der Parteienachwuchs ist über diesen Trend entsetzt. Gesine Akena ist 22 Jahre alt, die Studentin ist seit einem halben Jahr Co-Sprecherin der Grünen Jugend. Sie hat ein DIN-A4-Faltblatt aus der Parteizentrale dabei mit dem Titel: „Grüner Leben“. Sie überlässt das Heftchen gern zur Ansicht, es sei eine Art „Lifestyle-Führer“, sagt sie.

Auf vier Seiten finden Anhänger der Grünen viele praktische Tipps: wo man die „Grüne Kiste“ mit „Gemüse aus ökologischem Anbau“ bestellen, wie man seine „CO<sub>2</sub>-Emissionen von Flügen ausgleichen“ und wo man „zertifizierte nachhaltige Bauprodukte“ bestellen kann.

Der Katalog, gesponsert von einem Fachverband für Kartonverpackungen und unterschrieben von Parteichef Cem Özdemir, liest sich nicht unbedingt wie ein Aufruf, die Welt zu verändern. Es ist ein Leitfaden für wohl situierte Bürger zum guten Leben in einer schwierigen Welt, eine grüne Ergänzung zum Katalog von Manufactum, der Edelboutique für Handgemachtes.

Akena entschuldigt sich, dass sie schon ein bisschen mit dem Kuli auf dem hübsch designten Heftchen rumgekritzelt habe. Oben rechts in der Ecke hat die Nachwuchsfrau ein weißes Wort mit blauer Tinte ausgemalt: „Politik“. Es ist der Begriff, der ihr am meisten fehlt.

RALF BESTE